



Erneut Politiker erschossen

In Spanien ist am Donnerstag erneut ein Kommunalpolitiker Opfer eines Mordanschlags geworden. Das Attentat auf den konservativen Stadtrat Jose Luis Ruiz Casado wurde in der Nähe von Barcelona verübt. Unbekannte erschossen den 42-Jährigen vor seinem Haus in der Küstenstadt Sant Adria de Besos, wie die Polizei mitteilte. Hinter dem Attentat wird die baskische Separatistenorganisation ETA vermutet. Der Zeitpunkt des Mordes fiel mit einem Besuch des spanischen Ministerpräsidenten Jose Maria Aznar in Barcelona zusammen. Ruiz Casado ist seit Juli der dritte Politiker der regierenden Volkspartei (PP), der einem Anschlag zum Opfer fiel. Er wurde nach Angaben der Polizei kurz vor 8.00 Uhr auf dem Weg zur Arbeit getötet.

NACHRICHTEN

Misstrauensantrag gegen Portugals Regierung

LISSABON: Ein Misstrauensantrag gegen Portugals sozialistische Regierung von Ministerpräsident Antonio Guterres ist vom Parlament in Lissabon abgelehnt worden. Neben den Sozialisten (PSP) stimmten auch die Linksunabhängigen in der Nacht zum Donnerstag gegen den Antrag der Mitte-Rechts-Parteien. Die Kommunisten und die Grünen enthielten sich der Stimme.

Präsident Clinton erneut verklagt

WASHINGTON: US-Präsident Bill Clinton ist von der ehemaligen Angestellten im Weissen Haus, Kathleen Willey, verklagt worden. Das berichteten mehrere Fernsehsender am Donnerstag. Willey, die dem Präsidenten vor zwei Jahren sexuelle Belästigung vorgeworfen hatte, verklagt Clinton sowie seine Frau Hillary und mehrere Mitarbeiter des Weissen Hauses wegen Verletzung ihrer Privatsphäre.

EU will Ökopunkte-System ändern

BRÜSSEL: Die EU will in diesem Jahr nur halb so viele Ökopunkte-Fahrten durch Österreich streichen wie bisher angenommen. Die EU-Kommission hat ihre früheren Berechnungen korrigiert. Das Ökopunkte-System regelt den Transitverkehr durch das Alpenland. Nach einem Kompromiss vom Donnerstag soll die Zahl der Ökopunkte in diesem Jahr nur um 300 000 verringert werden; insgesamt sollen die Ökopunkte bis 2003 um eine gute Million verringert werden. Der Kompromiss wird von Österreich abgelehnt, aber von den andern 14 EU-Staaten und der EU-Kommission unterstützt.

Rau kehrt nach Operation nach Berlin zurück

BERLIN: Acht Wochen nach einer schweren Operation kehrt der deutsche Bundespräsident Johannes Rau heute Freitag nach Berlin zurück. Eine Sprecherin bestätigte dies am Donnerstag und sagte, es gehe dem Präsidenten inzwischen gesundheitlich wieder «prima». Rau war am 23. Juli wegen einer gefährlichen Erweiterung der Bauch-Schlagader operiert worden. Danach hatte der 69-Jährige sich zunächst am Tegernsee auskuriiert. Anschliessend zog er zur weiteren Erholung in sein Ferienhaus auf der Nordseeinsel Spiekeroog um. Ende August nahm er dort seine Amtsgeschäfte wieder auf, allerdings eingeschränkt und ohne öffentliche Auftritte. Rau bezog aber insbesondere Stellung zum Problem von Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus. In der «Frankfurter Allgemeinen Zeitung» vom Donnerstag warnte er, das internationale Ansehen Deutschlands könne durch rechte Gewalt geschädigt werden.

Geiselnahme in Russland

MOSKAU: Unbekannte haben in der Nähe des russischen Schwarzmeer-Badeortes Sotschi auf einer Baustelle sieben Arbeiter als Geiseln genommen. Ein Mann konnte sich nach Polizeiangaben durch einen Sprung aus dem Fenster ins Freie retten. Gestern befanden sich noch fünf Männer und eine Frau in der Gewalt der Geiselnnehmer. Bei einem Schusswechsel sei eine Frau verletzt worden. Die Geiselnnehmer forderten ein Lösegeld von 30 Millionen Dollar und einen Fluchthelikopter. Nach Angaben des Tschetschenienberaters im Kreml, Sergej Jastrjemski, hatten die Geiselnnehmer neben dem Lösegeld auch die Freilassung aller in Russland inhaftierten Tschetschenen sowie ein Treffen mit Präsident Wladimir Putin verlangt. Davon sei später nicht mehr die Rede gewesen, meldete die Nachrichtenagentur Interfax. Einer der Geiselnnehmer sei als Ossetier identifiziert worden, ein anderer als «drogenabhängiger Russe», teilte der russische Repräsentant in der Region, Viktor Kasantzew, mit. Die örtliche Polizei verhandelte nach eigenen Angaben am Nachmittag mit den Geiselnnehmern.

Weiter Demonstrationen gegen zu hohe Erdölpreise

Protestfront in Spanien steht - Bruchlandung der EU-Verkehrsminister

BRÜSSEL: Nach dem erfolglos gebliebenen Sondertreffen der EU-Verkehrsminister zum Konflikt um die gestiegenen Treibstoffpreise haben spanische Fischer und Bauern am Donnerstag ihre Blockaden fortgesetzt. In Schweden wurden die Aktionen eingestellt.

Der Ölpreis näherte sich derweil einem Rekordhoch. In New York wurden erstmals seit dem Golfkrieg bis zu 37,80 Dollar je Barrel bezahlt. 1990 kostete das Barrel zeitweise bis zu 41,15 Dollar.

In den USA ist Vizepräsident Al Gore dafür, die strategischen Ölreserven anzuzapfen, um niedrigere Ölpreise zu erzwingen. Er werde US-Präsident Bill Clinton einen entsprechenden Vorschlag machen.

Die steigenden Energiepreise drohen die US-Wirtschaft zu belasten und sind Thema im Wahlkampf um die Nachfolge von Clinton, der im Januar aus dem Amt scheidet. Gore ist der

Kandidat der Demokraten für das Präsidentenamt.

In weiter Ferne

Eine gemeinsame Strategie der 15 EU-Länder gegen die Folgen des hohen Ölpreises liegt nach dem Sondertreffen der Verkehrsminister in Luxemburg in weiter Ferne. Auch nach stundenlanger Diskussion über die Folgen der hohen Treibstoffpreise waren die Minister in der Nacht zum Donnerstag zu keinen Ergebnissen gelangt.

Weitgehend isoliert blieb die französische Ratspräsidentschaft nach Diplomatenangaben bei ihrem Werben für eine Angleichung der Treibstoffsteuer in den EU-Staaten. Statt dessen erntete Paris massive Kritik vor allem an seinem jüngsten Alleingang in Sachen Benzinbesteuerung.

Blockaden in Spanien

In Spanien blockierten Fischer mit ihren Kuttern den Ha-

fen von Valencia. Auch die Einfahrten von Castellon und Cartagena waren versperrt. In La Junquera bei Gerona blockierten Landwirte die Autobahn nach Frankreich. In Cordoba löste die Polizei die seit zwei Tagen andauernde Blockade eines Treibstofflagers auf.

Die Bauernverbände erzielten in Verhandlungen mit der Regierung eine Annäherung in der Frage von Kompensationen. Madrid will den Bauern helfen, die Folgen der Treibstoffverteuerung abzumildern.

In Schweden brachen Lastwagenfahrer am Donnerstag die Blockaden in Hafenstädten ab. Ein Sprecher sagte, man hoffe auf eine Senkung der Benzinsteuern durch Verhandlungen. Die Regierung hatte zuvor Verhandlungsbereitschaft signalisiert.

In den Niederlanden einigten sich die Koalitionsparteien darauf, die 2001 geplante Erhöhung der Mineralölsteuer

fallen zu lassen. Auch die Strassensteuer werde gesenkt. Insgesamt verzichtet die Regierung damit auf 310 Millionen Gulden (210 Millionen Franken) Einnahmen.

Entlastet werden soll auch die Fischerei. Als Ausgleich für die gestiegenen Treibstoffkosten bekommen die Fischer in den kommenden vier Jahren jährlich 30 Millionen Gulden.

In der vergangenen Woche hatten sich Regierung und Transport-Verbände auf ein umfangreiches Massnahmenpaket geeinigt. So sollen Spediteure, Taxi- und Busunternehmen unter anderem pro Liter Diesel in diesem Jahr zehn Cent aus der Staatskasse zurückbekommen. In Deutschland gingen die Demonstrationen gegen die Treibstoffpreise weiter. In Mainz protestierten 400 Spediteure und Bauern mit ihren Fahrzeugen. Und in München startete die CSU Bayern eine Unterschriftenkampagne gegen die Ökosteuern.

Concorde wieder in Paris



Knapp zwei Monate nach dem Concorde-Unglück bei Paris ist am Donnerstag erstmals wieder eine Air-France Maschine des Überschallflugzeugs von New York nach Paris geflogen. Die Concorde mit dem Kürzel F-BVFC landete um 17.30 Uhr auf dem Pariser Grossflughafen Charles de Gaulle. Dort war am 25. Juli eine andere Concorde kurz nach dem Start abgestürzt. 113 Menschen starben bei dem Unglück. Ein fremder Metallgegenstand auf der Piste hatte einen Reifen der Maschine zum Platzen gebracht, was eine Kettenreaktion und schliesslich einen Brand an den Triebwerken auslöste.

Türkei will Todesstrafe abschaffen

ANKARA: Die Türkei will das Reformtempo beschleunigen, um ihr Ziel der EU-Mitgliedschaft möglichst rasch zu erreichen. Reformvorschläge sehen unter anderem vor, die Todesstrafe bis Ende 2001 abzuschaffen.

Ministerpräsident Bülent Ecevit sagte am Donnerstag nach einer Kabinettsitzung in Ankara, umfassende Reformvorschläge eines Expertengremiums bilden ab sofort die Arbeitsgrundlage für die Regierung. Dazu gehört der Vorschlag zum baldigen Ende der Todesstrafe.

Ecevit kündigte insbesondere eine Stärkung der Meinungsfreiheit an. Im Amt des Regierungschefs soll ein Menschenrechtsbüro eingerichtet werden, das sich um Klagen über Folter und Misshandlungen kümmern

und für die Bestrafung der Schuldigen sorgen soll. Das Kabinett beriet über Reformvorschläge des so genannten Hohen Koordinationsrates für Menschenrechte, ein Expertengremium der Regierung, das die türkische Verfassung und die Gesetze in den vergangenen Monaten auf ihre Europatauglichkeit hin überprüfte.

Der Hohe Koordinationsrat schlägt unter anderem vor, die Verfassung zu ändern. So sollen Vorschriften entfallen, mit denen die Unabhängigkeit der Justiz beeinträchtigt und die Gewerkschaftsarbeit behindert wird. Zudem soll der Einfluss der Militärs auf die Politik eingeschränkt werden. Die Experten fordern weiter, jene Passagen im türkischen Strafrecht zu ändern, die die Meinungsfreiheit einschränken.